



GesA im Gespräch mit Uwe Schummer Vorsitzender der CDU/CSU Arbeitnehmergruppe im Bundestag

Am 17 April trafen sich die Öffentlichkeitsausschussvorsitzenden des GesA, Agnes Samusch und Björn Rudakowski, mit dem Bundestagsabgeordneten der CDU, Uwe Schummer, in Viersen.

Bereits in der Vergangenheit kam es zu fruchtbaren Gesprächen zwischen dem Bundestagsabgeordneten und dem Gesamtausschuss. Darüber hinaus besuchte der GesA auf Einladung von Herrn Schummer 2017 den Bundestag.

„Die Gespräche mit Herrn Schummer sind wichtig“, so Agnes Samusch.

„Seit Jahrzehnten fordern wir die Unternehmensmitbestimmung. Herr Schummer ist Vorsitzender der 80 Mitglieder_innen starken Arbeitnehmergruppe der CDU / CSU. Wir sind daran interessiert zu erfahren, welche Prozesse die Arbeitnehmergruppe in den jeweiligen CDU geführten Ministerien in Sachen Pflege, Erziehung und vielen anderen Berufen, voranbringen möchte.“

Schummer berichtete von den massiven Widerständen des bpa Arbeitgeberverbandsvorsitzenden, Rainer Brüderle, der im Bereich Pflege, nahezu alle Modelle zur Steigerung der Löhne und der Etablierung eines flächendeckenden Tarifs in der Pflege und Altenpflege blockiere. „Wir sind jedoch weiter zuversichtlich, dass wir in dieser Legislaturperiode Zählbares für die Beschäftigten voranbringen“, meint der CDU-Abgeordnete.

„Der GesA vertritt über 90.000 Beschäftigte in meist sozialen Berufen“, weiß Rudakowski.

„Wichtige Themen wie die Einführung der Pflegekammer in NRW oder die Einführung eines möglichen flächendeckenden Tarifs in der Altenpflege, hat Herr Schummer genauso auf dem Schirm wie die Möglichkeiten und Risiken der Digitalisierung in den sozialen Berufen. Das sind Gründe, warum wir gerne den Dialog mit Herrn Schummer suchen“, sagt Rudakowski.

„Warum soll man, neben der Briefwahl, keine Betriebs-, Personal und MAV-Wahlen über gesicherte Netzwerke durchführen? Damit kann man die größtmöglich Zahl der Beschäftigten für die Mitbestimmung der Personal-, Betriebsräte und MAVen mobilisieren“, schlägt Schummer vor.

„Ziel bleibt es mehr Tarifbindung in den sozialen Berufen zu erlangen und flächendeckende Tarifstrukturen insbesondere auch in der Pflege zu etablieren. Da werden wir auch nicht locker lassen“, verspricht Uwe Schummer.